

Politik auf der Werkbank

Digitale Politikwerkstätten als Plattform zur Aushandlung der Interessenvielfalt

André Große-Jäger, Claus-Bernhard Pakleppa, Franziska Stiegler und Eva Schubert

Während der COVID-19-Pandemie hat sich unser Arbeitsalltag in gigantischer Geschwindigkeit verändert und auch jenseits der Pandemie haben die letzten Jahre gezeigt, dass die Arbeitswelt stetigen Veränderungsprozessen unterworfen ist. Um die Arbeit unter diesen Bedingungen modern und menschengerecht zu gestalten, braucht es rechtliche Leitplanken. Aber wie entstehen solche Regeln eigentlich? Wie lässt sich die Vielfalt der Interessen bündeln? Dafür erprobt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) eine neue Form der Beteiligung im digitalen Raum.



André Große-Jäger

Leiter des Referats «Gesundheitliche Auswirkungen des Wandels der Arbeit, Arbeitsstätten, Digitale Transformation» im Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Kontakt:
andre.grosse-jaeger@bmas.bund.de



Claus-Bernhard Pakleppa

Organisationsberater und Geschäftsführender Gesellschafter p4d GmbH

Kontakt:
pakleppa@p-4-d.org



Franziska Stiegler

Referentin für Gesundheitliche Auswirkungen des Wandels der Arbeit, Arbeitsstätten, Digitale Transformation im Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Kontakt:
franziska.stiegler@bmas.bund.de



Eva Schubert

Referentin für Gesundheitliche Auswirkungen des Wandels der Arbeit, Arbeitsstätten, Digitale Transformation im Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Kontakt:
eva.schubert@bmas.bund.de

Die Aushandlung verschiedener Interessen und die Gestaltung und Moderation von Dialogprozessen zwischen den Interessengruppen gehört zum Kerngeschäft der Ministerien. Aufgrund der zunehmenden Komplexität der zu regelnden Sachverhalte und um einen breit getragenen Vorschlag für rechtliche Leitplanken zu entwickeln, ist die Beteiligung von Expert*innen unterschiedlicher Ressorts zur Vorbereitung oder Ausgestaltung von Regelungen gängige Praxis. Neben den Abstimmungen zwischen den Regierungsressorts werden dafür in unterschiedlichen Formaten die Hinweise institutioneller Interessenvertretungen eingeholt. Für das BMAS sind das klassischerweise die Sozialpartner, Vertreterinnen und Vertreter der Interessen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Die Gestaltung dieser Beteiligungsprozesse ist sensibel. Eine gute Balance zwischen dem notwendigen Informationsbedarf der Ressorts bei der Entwicklung von Vorschlägen steht dabei immer dem Einfluss der Verbände gegenüber, die angesichts ihrer Funktion als Interessenvertretung notwendigerweise interessengeleitet sind (vgl. verwaltunginnovativ.de). Die Aushandlung und Diskussion um (politische) Rahmenbedingungen findet so immer in einem

Spannungsfeld von «Wissen», «Interessen» und «politischen Haltungen, Werten und Zielen» statt. Abstrakte Ziele und Detailfragen werden dabei in der Regel getrennt voneinander in unterschiedlichen Formaten und mit unterschiedlichen Akteuren diskutiert. Die Trennung von «Metadiskurs» und «Detaildiskurs» hat nicht nur aus organisatorischen Gründen ihre Berechtigung. Sie führt jedoch auch dazu, dass Debatten über Haltungen und Ziele oft parallel zu konkreten Aushandlungen über Sachkonflikte geführt werden. Dies kann die Nachvollziehbarkeit von Ergebnissen erschweren und muss potenziell relevante Aspekte ausblenden. Neben formalisierten Prozessen der Beteiligung von Interessensgruppen wurden in den vergangenen Jahren zur Vorbereitung, Begleitung oder Aushandlung umfassenderer Themen zahlreiche Dialogformate entwickelt und durchgeführt, die dieses Spannungsfeld abbilden.

Sehr grob lassen sich drei etablierte Formate unterscheiden: Verbändeanhörungen, Fachsymposien und Dialogprozesse.

Synchronisierung verschiedener Beteiligungsprozesse

In der Debatte um die sichere und gesunde Gestaltung von (mobiler) Arbeit stehen arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse und grundsätzliche Überlegungen darüber, wie wir zusammenarbeiten sollen und wollen, im Mittelpunkt. Lösungsansätze für veränderte Formen der Arbeit stehen immer im Kontext bereits ausgehandelter rechtlicher Rahmenbedingungen und europäischer Richtlinien.

Bei der Anpassung von politischen Rahmenbedingungen an sich veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen sind viele der zu klärenden Aspekte bereits in den vergangenen Jahren vor dem Hintergrund anderer Fragestellungen und Veränderungsprozesse in Gremien, Dialogprozessen und Expert*innen-zirkeln umfassend diskutiert und mühsam verhandelt worden. Die (Kern-)Argumente liegen entsprechend meistens auf dem Tisch, genaugenommen auf unterschiedlichen Tischen. Um die vielfältigen Perspektiven in Lösungen und Leitplanken zu übersetzen, die mit dem gesellschaftlichen Wandel Schritt halten, ist die Synchronisierung der verschiedenen Beteiligungsprozesse so wichtig wie komplex.

Das Programm: ARBEIT: SICHER + GESUND

Im Programm ARBEIT: SICHER + GESUND erprobt das BMAS unter der Führung des Referats «Gesundheitliche Auswirkungen des Wandels der Arbeit» aktuell ein neues Beteiligungsformat – eine Kombination, wenn man so möchte, aus verschiedenen etablierten Formen der Beteiligung. Kurz: der Meta- und der Detaildebatte, die klassischerweise getrennt diskutiert werden. Im Rahmen des Programms wird in der Vorbereitung neuer Rahmenbedingungen und konkreter Rechtsvorschriften ein breiter Kreis von Fachexpert*innen eingebunden, um die zentralen Fragestellungen und bestehenden Zielkonflikte gemeinsam zu bearbeiten.

In multiperspektivischen Dialogprozessen (Politikwerkstätten) werden die organisatorischen, personellen, kulturellen und rechtlichen Voraussetzungen für die Umsetzung moderner menschengerechter Arbeit gemeinsam in den Blick genommen. Die Themenfelder der Politikwerkstätten beinhalten u. a. «Mobile Arbeit», «Klimawandel», «Psychische Gesundheit» und «Basisarbeit». Das Ziel: praktische Lösungen für konkrete Fragestellungen zu erarbeiten, die den Akteuren klare Orientierung bei der Gestaltung sicherer und gesunder Arbeit geben. Die Spannweite der potenziellen Ergebnisse reicht von Vorschlägen für rechtliche Weiterentwicklungen, optimierte Standards über die Stärkung sozialer Rechte und Förderungen bis hin zu Förderprogrammen und Initiativen genauso wie Policy Paper und Checklisten.

Dafür wird ein nichtöffentlicher, digitaler Raum geschaffen, in dem eine ergebnisoffene Debatte zur Entwicklung gemeinsam getragener politischer Empfehlungen geführt werden kann (vgl. arbeit-sicher-und-gesund.de). Der aufwendige Prozess soll politische Aushandlungsprozesse transparenter machen, die aktive Beteiligung relevanter Stakeholder fördern und somit einen Experimentierraum für partizipatives Regierungshandeln bieten. Dieses neue, praxis- und lösungsorientierte Vorgehen erprobt auch eine neue Zusammensetzung der beteiligten Interessensgruppen und nicht zuletzt geeignete Formate im virtuellen Raum, in dem die Debatte stattfindet.

«Die Kernargumente liegen auf unterschiedlichen Tischen.»

Das «Alles auf den Tisch»-Prinzip

Die Themen der Werkstätten werden spezifisch auf konkrete Fragestellungen zur Übersetzung eines politischen Auftrags ausgewählt. In der Politikwerkstatt zum Thema «Mobile Arbeit» wird aktuell ganz konkret diskutiert, wie es gelingen kann, «Homeoffice rechtlich von der Arbeitsstättenverordnung abzugrenzen» (KOA, S. 54). Dabei werden entsprechend alle mit dem Auftrag (potenziell) entstehenden Konsequenzen bzw. intendierten und nicht intendierten Folgewirkungen ergebnisoffen durchgesprochen. Ziel ist es, Lösungen zu entwickeln, die den Akteuren in der betrieblichen Praxis klare Orientierung bei der Gestaltung sicherer und gesunder Arbeit geben. Auf der Werkbank liegen zu Beginn entsprechende Fragestellungen und potenzielle Lösungsinstrumente für ihre Klärung.

Sie wollen den Artikel gerne weiterlesen?

[Hier](#) können Sie die komplette Ausgabe als ePaper lesen.